

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 96 (1970)
Heft: 51

Rubrik: Ganze Schweiz veränderlich

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

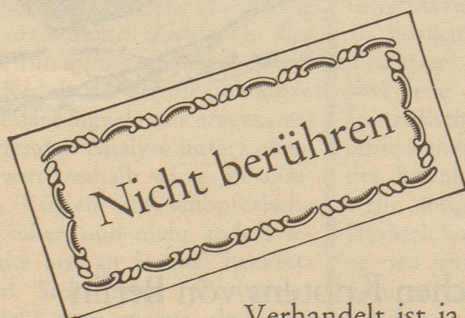
Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Notizen von Oskar Reck zum hiesigen Lauf der Welt

In der Politik wird verhandelt – selbst in der Politik einer Diktatur, so lange wenigstens, als es dort Raum für Politik überhaupt gibt. Was also soll das jüngst in Umlauf gekommene Wort «Verhandlungsdemokratie»? Wird da nicht Selbstverständliches ganz unnötigerweise zusammengekoppelt? In der Tat sind das Prinzip Demokratie und das Prinzip Verhandeln gar nicht voneinander zu trennen. Dennoch bezeichnet der Begriff «Verhandlungsdemokratie» etwas Besonderes, für die Schweiz sehr viel Typischeres als manches, was wir aus Berechnung oder Bequemlichkeit einen hiesigen Sonderfall nennen. Gemeint nämlich ist die bis hart an die Perfektion entwickelte Technik, den Kompromiß für eine Unzahl von Sachgeschäften schon weit im Vorgelände durch abgestufte Verhandlungen einzuschleifen, bis zuletzt nur noch das total ausgemittelte, so gut wie unberührbare Resultat besteht. Das ganze System nennt sich Vernehmlassungsverfahren, und es sind an ihm mit überragender Wirkung die Verwaltungs- und Verbandsexperten beteiligt. Je heikler der Fall ist, und je breiterer Abstützung er mithin bedarf, desto mehr Instanzen und Kreise werden in dieses Verfahren einbezogen. So geschieht es denn, daß wieder und wieder Vorlagen ins Parlament gelangen, welche die Etikette tragen:



Verhandelt ist ja bereits – jetzt geht es allein noch ums Sanktionieren. Daraus

resultieren bisweilen aalglatte Verhandlungsabläufe in den Räten, oft auch Scheingefechte und für den Normalfall Feilschereien um Zweit- und Drittrangiges, das dem Parteienstreit noch offensteht und also der Fiktion dient, der Entwicklungsprozeß von Vorlagen vollziehe sich noch auf offener Szene. Das aber ist längst vorbei. Das mit geringen Hilfsmitteln ausgestattete Milizparlament ließ sich das gesetzgeberische Geschäft schon früh von der Verwaltung mitbesorgen, und der Einfluß der großen Wirtschaftsverbände reicht ebenfalls weit ins letzte Jahrhundert zurück. Einzuräumen ist freilich, daß sich seit dem Zweiten Weltkrieg die Verhältnisse mit der Aufblähung der Bundespolitik dramatisierten. Kenner der Verhältnisse sprachen von einer eigentlichen Entmachtung des Parlaments: Zwischen der Verfassung jedenfalls, die das Parlament als gesetzgebende Gewalt bezeichnet, und der rüden Wirklichkeit hat die Kluft sich vertieft und verbreitert.

Zurück zu den Ursprüngen?

Was nun? Besteht Aussicht, diesem Prozeß Einhalt zu tun, ja ihn umzukehren und also den eidgenössischen Kammern wieder zuzuweisen, was ihnen nach idealer staatsbürgerlicher Vorstellung auch wirklich zufällt? Zur Bejahung dieser Frage wäre mehr politische Einfalt vonnöten, als wir sie uns selbst in dieser vergleichsweise arglosen Demokratie leisten können. Weder brächte ein Milizparlament auch nur im entferntesten die Zeit auf, wenigstens die allerdringlichste gesetzgeberische Arbeit zu leisten, noch wäre in diesem Proporzgebilde die für ein solches Geschäft hinreichende Sachkunde versammelt. Es gibt da – der neue Nationalratspräsident Alfred Weber sagte es unlängst in einer Fernseh-Sendung – nicht das mindeste rückgängig zu machen, aber ganz gewiß sonst sehr viel zu tun, um diesem Zustand auf andere Weise zu begegnen; denn das ins parlamentarische Vorgelände verschobene, der Öffentlichkeit weithin entzogene Verfahren, Vorlagen zu schaffen und sie in den Zustand der Pfannenfertigkeit zu bringen, bedarf dringend der fortgesetzten Durchleuchtung. Nicht das Rückwärtsbuchstabieren also ist das Gebot, sondern die Öffentlichkeit des Ablaufs und die Möglichkeit, auf diesen Ablauf mit Vorschlägen zeitig einzuwirken. Je durchsichtiger die Entwicklungsgeschichte einer Vorlage ist, desto größer könnte das Aktionsfeld des Parlamentes auch wieder werden, weil die Druck- und Gegendruck-Uebungen der Interessengruppen sich minder ungehemmt als unter den derzeitigen Verhältnissen entfalten könnten.

Auch ein Problem des Zusammenhalts

Das gleiche Parlament aber, das auf der Ebene der Gesetzgebung innerhalb eines verengten Zaunes existiert, kann, ja muß auf einem andern Plane zusätzliche Bedeutung gewinnen. Was der große Berner Staatsrechtslehrer Carl Hilty schon vor guten acht Jahrzehnten postulierte, wird in der heutigen Konstellation zur zwingenden Forderung: nämlich, das Parlament zum Resonanzboden für das außenpolitische Gespräch und für Grundsatzdebatten überhaupt zu machen. In der bereits zitierten Fernseh-Sendung hat Alfred Weber freilich zu bedenken gegeben, daß man in den hiesigen Räten wenig Neigung zu akademischen Debatten bekunde, es aber um Rhetorik zu Sandkastenspielen auch gar nicht gehe: Vielmehr muß der intensive schweizerische Einbezug in die europäische Umwelt wieder und wieder deutlich werden; es geht um den permanenten Abbau der noch immer grassierenden politischen Tribünenmentalität; und vor allem muß das Parlament sich selber und über die Massenmedien auch das Volk viel öfter und weit gründlicher mit den Zukunftsperspektiven unseres Landes konfrontieren. Das ist allein schon deshalb kein geringes Unterfangen, weil unsere Neigung – wie es so zutreffend wie böse heißt – zuversichtlich in die Vergangenheit zu blicken und nur aberwillig Ausschau zu halten, fast übermächtig ist,

ganz davon abgesehen, daß die Routinegeschäfte sehr viel weniger geistigen Aufwand kosten als auch nur die wesentlichen Fragestellungen für morgen und übermorgen.

Wir haben nach wie vor wenig Kommunikation über die Sprachgrenzen im eigenen Lande. Auch hier und hier besonders könnte das Parlament als Resonanzboden seine Wirkung tun – nicht in der Richtung einer Einebnung der Meinungen zu chimärenhaften helvetischen Einheitsansichten, sondern in der rechtzeitigen Darstellung der verschiedenartigen Blickwinkel, die auf die Problematik der Integration und gewiß auch auf ein Uno-Engagement vorhanden sind. Die Schweiz, ist mit sehr viel Recht gesagt worden, stelle sich in den Siebzigerjahren als großes Strukturproblem heraus. Sie ist, wie sich unschwer erkennen läßt, auch ein Problem des Zusammenhalts.

